

V o r b e r i c h t

zum Haushaltsplan der

Stadt Lingen (Ems)

für das Haushaltsjahr 2009

Allgemeine Vorbemerkungen

Nach den Vorgaben der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) haben die Gemeinden ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist (§ 82 Abs. 1 NGO). In diesem Rahmen ist der für die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben notwendige Bedarf an Gütern und Dienstleistungen abzudecken; gleichzeitig sind in diesem Umfange die jeweils benötigten Finanzmittel aufzubringen, zu verwalten und einzusetzen. Der hierfür aufzustellende Haushalt ist damit eines der wichtigsten Planungsinstrumente der Kommunen. Er entfaltet Bindungswirkung sowohl nach außen als nach innen. Gegenüber den Einwohnern und Bürgern, aber auch juristischen Personen, schafft er verbindliches Ortsrecht, indem er z. B. Steuersätze für das Haushaltsjahr festsetzt. Für den internen Dienstbetrieb ist der Haushalt eine verbindliche Handlungsanweisung seitens des Rates der Gemeinde als oberstes Beschlussorgan, welche Aufgaben und Maßnahmen mit finanziellen Auswirkungen umgesetzt werden können. Gleichzeitig ist hiermit eine finanzielle Deckelung verbunden, wenn z. B. Aufträge lediglich innerhalb der bereitgestellten Haushaltsmittel und ggf. vorgesehene Verpflichtungsermächtigungen erteilt werden dürfen.

Mit der Entscheidung über den Haushalt setzt der Rat im Rahmen seiner Selbstverwaltungsgarantie mit seinem ihm ausschließlich vorbehaltenen Budgetrecht seine politischen Prioritäten. Auf diese Weise gelingt es, neben den durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes übertragenen Auftragsangelegenheiten oder Pflichtaufgaben der Selbstverwaltung auch die Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft zu erfüllen, die nach dem politischen Willen zusätzlich wahrgenommen werden sollen. Soziale, kulturelle und wirtschaftliche öffentliche Einrichtungen können hierzu ebenso gehören wie z. B. die Aufgabenfelder Bildung, Bau- und Wohnungswesen, Sport, Freizeit und Erholung. Einschränkungen können sich dabei durch eine Einengung der finanziellen Spielräume ergeben. Auch für die Zukunft ist daher sicherzustellen, dass die Kommunen eine Finanzhoheit besitzen, die sie in die Lage versetzt, die eigene Haushaltswirtschaft in eigener Verantwortung zu gestalten. Daneben ist eine ausreichende Mittelausstattung erforderlich, damit überhaupt die Aufgaben angemessen erfüllt werden können.

Der vorliegende Haushaltsplan der Stadt Lingen (Ems) wird diesen Vorgaben gerecht. Neben der Finanzierung aller Pflichtaufgaben werden auch im Jahr 2009 erhebliche Mittel für eine kontinuierliche planmäßige Weiterentwicklung der Stadt Lingen (Ems) eingesetzt, um die Position als regionales Mittelzentrum mit oberzentralen Teilfunktionen zu stärken und weiter auszubauen.

Der Haushalt 2009 ist nochmals nach den Vorgaben der Kameralistik aufgestellt worden. Neben der Haushaltssatzung ist daher der Haushaltsplan als wesentliche Grundlage der Haushaltsbewirtschaftung erarbeitet worden. Er besteht im Wesentlichen aus

- dem Gesamtplan
- den Fachbudgets im Verwaltungshaushalt
- den Einzelplänen im Vermögenshaushalt
- dem Sammelnachweis
- dem Stellenplan.

Daneben sind u. a. der Vorbericht, der Finanzplan mit dem ihm zugrunde liegenden Investitionsprogramm, Übersichten über Verpflichtungsermächtigungen, Schulden und Rücklagen, die Wirtschaftspläne und neuesten Jahresabschlüsse der Sondervermögen (Eigenbetriebe) und privatrechtlichen Unternehmen sowie der Beteiligungsbericht nach § 116 a NGO als Anlagen beigefügt worden.

Mit diesen umfassenden Informationen und Unterlagen ist das Ziel verbunden, die Öffentlichkeit, die Aufsichtsbehörde und andere Interessenten über die Finanzlage und die Finanzwirtschaft der Stadt Lingen (Ems) zu informieren. Gleichzeitig besteht die Möglichkeit, durch weitere Analysen eine Bewertung auch für einen mittelfristigen Zeitraum vorzunehmen, um auf diese Weise eine noch höhere Transparenz und Aussagekraft zu erhalten.

Abschließend ist informatorisch darauf hinzuweisen, dass neben der Aufstellung des kameralen Haushalts 2009 unverändert an der Umstellung des gemeindlichen Haushaltsrechts zum „Neuen kommunalen Rechnungswesen“ gearbeitet wird. Das künftige doppische Haushalts- und Rechnungswesen mit seiner Abkehr vom „Geldverbrauchs-konzept“ zum „Ressourcenverbrauchskonzept“ wird eine Zäsur der bisherigen kommunalen haushaltsrechtlichen Aktivitäten beinhalten und vielfältige neue Aufgaben, Entscheidungsgrundlagen und veränderte Abläufe mit sich bringen. Dieser beträchtliche Aufwand, der unmittelbar auf alle Ratsmitglieder und eine große Anzahl der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einwirken wird, ist auch vollständig gerechtfertigt, da durch die umzusetzende Reform des kommunalen Haushaltsrechts beträchtliche Verbesserungen erwartet werden können. Eine erhöhte Wirtschaftlichkeit mit einem ressourcenorientierten Konzept, der weitere Aufbau eines Controllingystems zur Versorgung des Rates und des Verwaltungsmanagements mit entscheidungs- und steuerungsrelevanten Informationen sowie die Transparenz und Vollständigkeit über alle finanzwirtschaftlichen Aktivitäten im Konzern „Stadt Lingen (Ems)“ werden dazu beitragen, die Entscheidungsträger, die Verwaltung sowie die gesamte Öffentlichkeit für die Notwendigkeit und Probleme der intergenerativen Gerechtigkeit zu sensibilisieren. Diesem grundlegenden übergeordneten Ziel ist die oberste Priorität beizumessen.

Der Rat der Stadt Lingen (Ems) hat in seiner Sitzung am 23. Februar 2006 beschlossen, in einer Übergangszeit bis längstens zum 31. Dezember 2011 die bisherigen Vorschriften des gemeindlichen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens weiter anzuwenden. Übereinkunft besteht jedoch darin, eine frühzeitigere Umstellung einzuplanen. Die hierfür erforderlichen Arbeiten sind eingeleitet und sollen zielgerichtet und zeitnah abgeschlossen werden.

1. Rückblick auf die Finanzwirtschaft im Haushaltsjahr 2007

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007 wurde vom Rat am 01.03.2007 beschlossen und

der Verwaltungshaushalt in Einnahme und Ausgabe auf je	110.162.000 €
der Vermögenshaushalt in Einnahme und Ausgabe auf je	15.556.900 €

festgesetzt.

Das Ergebnis der Jahresrechnung (Sollabschluss) ist folgendes:

Im Verwaltungshaushalt in Einnahme und Ausgabe auf je	123.653.502,25 €
im Vermögenshaushalt in Einnahme und Ausgabe auf je	13.723.416,45 €

Es wurden ausgewiesen:

Im Verwaltungshaushalt	
Kasseneinnahmereste	2.124.827,81 €
Haushaltsausgabereste	397.084,99 €
Kassenausgabereste	- 11.779,65 €
Im Vermögenshaushalt	
Kasseneinnahmereste	347.405,05 €
Haushaltseinnahmereste	6.017.151,51 €
Haushaltsausgabereste	14.430.084,33 €
Kassenausgabereste	-32,08 €

Im Haushaltsjahr 2007 standen der Stadtkasse immer liquide Mittel zur Verfügung, so dass der in der Haushaltssatzung festgesetzte Höchstbetrag von 15.000.000 € für Kassenkredite nicht in Anspruch genommen werden musste.

Für das Haushaltsjahr 2007 wurde in der Haushaltssatzung ein Kreditbedarf in Höhe von 5.058.000 € festgesetzt. Ein Haushaltseinnahmerest aus Vorjahren (Kreditermächtigung aus Vorjahren) belief sich auf 6.872.200 €, ging jedoch vollständig aufgrund zugeführter Verbesserungen aus dem Verwaltungshaushalt unter. Insgesamt ging somit eine Kreditermächtigung in Höhe von 11.930.200 € unter.

Die Gesamtverschuldung (Ist-Verschuldung) der Stadt Lingen (Ems) betrug

am Ende des Haushaltsjahres 2006	=	26.631.586,41 €
am Ende des Haushaltsjahres 2007	=	25.783.614,50 €

Die Minderverschuldung von	=	847.971,91 €
ergibt sich aus folgenden Veränderungen:		
1. Neuaufnahme von Krediten (ohne Umschuldung) einschl. sonstiger Zugänge	=	0,00 €
2. abzüglich ordentlicher Tilgung und sonstiger Abgänge	=	847.971,91 €
3. abzüglich außerordentlicher Tilgung	=	0,00 €
Die Pro-Kopf-Verschuldung betrug zum Jahresende 2006 bei einer Einwohnerzahl von 51.417	=	517,95 €
Sie verringerte sich bis zum Jahresende 2007 bei einer Einwohnerzahl von 51.554 auf	=	500,13 €

(Die Einwohnerzahlen beziehen sich auf die Daten vom Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen.)

Die Verschuldung des Eigenbetriebes Stadtentwässerung Lingen und des Eigenbetriebes Zentrale Gebäudewirtschaft Lingen (Ems) hat sich im Jahre 2007 wie folgt entwickelt:

		Stadtentwässerung	Zentrale Gebäudewirtschaft
Stand Ende 2006	=	34.212.947,19 €	5.622.087,07 €
Stand Ende 2007	=	31.987.032,40 €	5.498.518,97 €
Mehr-/Minderverschuldung	=	-2.225.914,79 €	-123.568,10 €

Der Eigenbetrieb Emslandhallen hatte zum 31.12.2007 keine Verbindlichkeiten am Kreditmarkt.

Das Geldvermögen der Stadt Lingen (Ems) (Rücklagen -ohne Stiftungsvermögen und der Sonderrücklage für Altersteilzeitarbeitsverhältnisse- und ausgegebene Darlehen) betrug zum Jahresende 2007 = 25.598.942,37 € gegenüber 25.499.389,10 € am Jahresende 2006.

2. Überblick über die Finanzwirtschaft im Haushaltsjahr 2008

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2008 wurde vom Rat am 20.12.2007 beschlossen und

der Verwaltungshaushalt in Einnahme und Ausgabe auf je	115.378.800 €
der Vermögenshaushalt in Einnahme und Ausgabe auf je	29.694.000 €

festgesetzt.

Der 1. Nachtrag zur Haushaltssatzung wurde vom Rat am 12.06.2008 beschlossen.
Durch ihn wurde

der **Verwaltungshaushalt**

in Einnahme und Ausgabe erhöht
um je 17.706.600 € auf 133.085.400 €
und

der **Vermögenshaushalt**

in Einnahme und Ausgabe reduziert
um je 1.055.700 € auf 28.638.300 €

festgesetzt.

Das bedeutet im Verwaltungshaushalt 2008 unter Berücksichtigung des 1. Nachtrages gegenüber 2007 (Haushaltssoll) eine Erhöhung von 20,81 % und im Vermögenshaushalt eine Erhöhung um 84,09 %.

Im Haushaltsjahr 2008 standen der Stadtkasse immer liquide Mittel zur Verfügung, so dass der in der Haushaltssatzung festgesetzte Höchstbetrag von 15.000.000 € nicht in Anspruch genommen werden musste.

Für das Haushaltsjahr 2008 wurde in der Haushaltssatzung eine Kreditermächtigung in Höhe von 6.624.200 € festgesetzt. In der 1. Nachtragshaushaltssatzung wurde dieser Kreditbedarf um 2.355.500 € vermindert und damit auf 4.268.700 € neu festgesetzt.

Die **Gesamtverschuldung** (Ist-Verschuldung) der Stadt Lingen (Ems) beträgt voraussichtlich am Ende

des Haushaltsjahres 2008 (Planung zum 31.12.2008)	=	24.908.148,83 €
gegenüber	=	25.783.614,50 €
zum Ende des Haushaltsjahres 2007.		

Die **Minderverschuldung** von = 875.465,67 €
ergibt sich aus folgenden Veränderungen:

- | | | |
|--|---|--------------|
| 1. Neuaufnahme von Krediten (ohne Umschuldung)
einschließlich sonstiger Zugänge | = | 0,00 € |
| 2. abzüglich ordentlicher Tilgung und
sonstiger Abgänge | = | 874.653,13 € |
| 3. abzüglich außerordentlicher Tilgung | = | 812,54 € |

Die Pro-Kopf-Verschuldung betrug zum
Jahresende 2007 bei einer Einwohnerzahl
von 51.554 = 500,13 €

Sie verringerte sich bis zum Jahresende 2008 (Planung zum 31.12.2008)
bei einer Einwohnerzahl von 51.554
vom 31.12.2007 auf = 483,15 €

(Die Einwohnerzahlen beziehen sich auf die Daten vom Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen zum 31.12.2007.)

3. Ausblick auf die Finanzwirtschaft im Haushaltsjahr 2009

3.1 Allgemein

Der Haushaltsplan 2009 wird mit einem Gesamtvolumen von 164.587.900 € in Einnahme und Ausgabe vorgelegt. Gegenüber dem Jahr 2008 erhöht sich damit das Einnahme- und Ausgabevolumen um 1,77 %. Dieser Erhöhung liegen folgende Änderungen im Gesamtvolumen des Verwaltungs- bzw. Vermögenshaushaltes zugrunde:

Verwaltungshaushalt 2009	125.638.400 €
<u>Verwaltungshaushalt 2008</u>	<u>133.085.400 €</u>
Reduzierung	7.447.000 €
Vermögenshaushalt 2009	38.949.500 €
<u>Vermögenshaushalt 2008</u>	<u>28.638.300 €</u>
Erhöhung	10.311.200 €

3.2 Verwaltungshaushalt

Der Verwaltungshaushalt, der auch für das Haushaltsjahr 2009 in budgetierter Form aufgestellt wurde, schließt in Einnahme und Ausgabe mit je 125.638.400 € ab.

In der Finanzplanung des Haushaltsplanes 2008 war für das Jahr 2009 eine Zuführung zum Vermögenshaushalt in Höhe von 950.100 € vorgesehen. Diese Zuführung reduziert sich im vorliegenden Haushaltsplan um 56.700 € auf 893.400 €. Zum Ausgleich des Verwaltungshaushaltes ist eine Zuführung vom Vermögenshaushalt in Höhe von 6.715.200 € notwendig. Neben diesem Betrag werden weitere 15.445.000 € aus der Rücklage zur Reduzierung der Kreditermächtigung entnommen.

Im Budgetbereich wird nach nur geringen Erhöhungen in den Vorjahren nunmehr eine etwas höhere Steigerung ausgewiesen. In den Verwaltungshaushalten der Jahre 2010 – 2012 sind moderate Kostensteigerungen ausgewiesen. Diese Jahre weisen – trotz hoher Haushaltsansätze bei der Gewerbesteuer – Defizite und nur im Jahr 2010 einen geringen Überschuss aus. Falls die Gewerbesteuereinnahmen in den künftigen Jahren erheblich geringer ausfallen (z. B. durch die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform oder durch die Veränderung der wirtschaftlichen Situation bei den vor Ort bestehenden Betrieben), könnten sich die Planwerte noch weiter verschlechtern.

Anhand der Grafik auf Seite 10 lässt sich feststellen, zu welchen Anteilen der Verwaltungshaushalt von bestimmten Einnahmen- bzw. Ausgabenarten bestimmt wird.

3.2.1 Einnahmen

Mit einem Volumen von 67.463.100 € bestimmen die Einnahmen im Unterabschnitt 90000 (Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen) zu 53,70 % (62,12 % im Vorjahr) den Verwaltungshaushalt. Hier ist gegenüber dem Einnahmenvolumen des Vorjahres in Höhe von 82.667.400 € eine Verschlechterung um 15.204.300 € bzw. 18,39 % festzustellen.

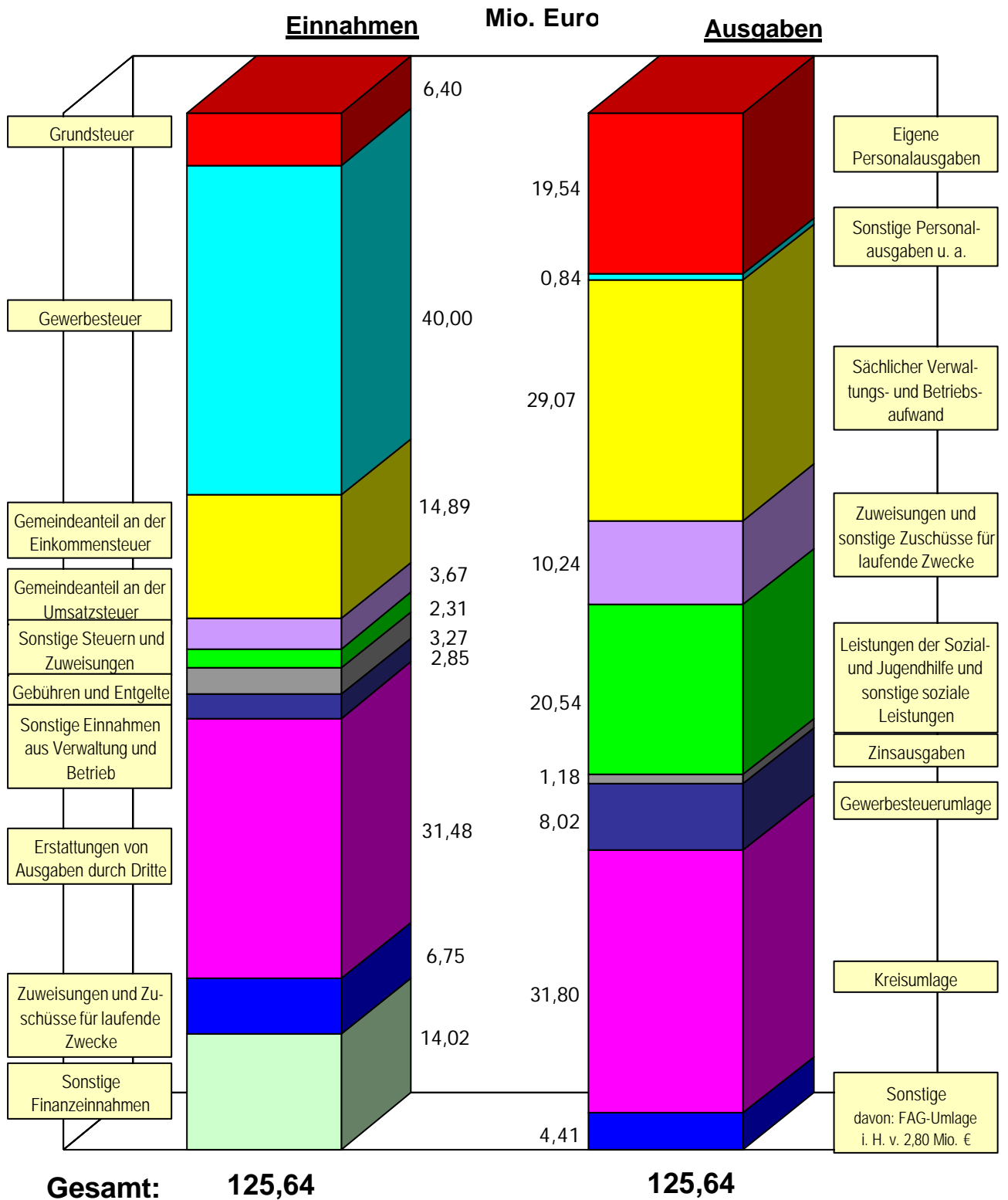
Die Grundsteuern A und B verringern sich gegenüber dem Vorjahr (aufgrund von Besonderheiten in den Jahren 2007 und 2008) um 245.000 € auf insgesamt 6.395.000 €.

Trotz der hohen Gewerbesteuereinnahmen im Jahr 2008, die z. T. auf Sonderzahlungen zurückzuführen sind, wird der Ansatz der Gewerbesteuer um 15 Mio. € verringert und im Jahr 2009 auf 40 Mio. € festgesetzt. Eine höhere Veranschlagung ist aufgrund der derzeitigen Rahmenbedingungen nicht vertretbar.

Die Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen der letzten Jahre ist aus der Tabelle 1 und der Grafik auf Seite 10 zu ersehen. Besonders ist auf die Spalte 4 der Tabelle 1 mit den erheblichen Abweichungen und den sich hieraus ergebenden großen Schwierigkeiten bei der Ermittlung des jährlichen Gewerbesteueransatzes hinzuweisen.

Als Ausgleich für den Wegfall der Gewerbesteuer nach Kapital erhalten die Gemeinden seit 1998 einen Anteil an der Umsatzsteuer. Der Ansatz für das Haushaltsjahr 2009 wurde auf 3.669.600 € geschätzt. Für die Jahre 2000 – 2002 wurden für den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer neue Verteilungsregelungen zur Ermittlung des Verteilerschlüssels festgelegt, die seit dem Jahr 2000 zu höheren Einnahmen führten. Dieser Zeitraum ist durch Änderung des Gemeindefinanzreformgesetzes vom 17.06.2003 verlängert worden. Nach dem Gemeindefinanzreformgesetz sollte danach der Verteilerschlüssel zum 01.01.2006 auf einen endgültigen fortschreibungsfähigen Schlüssel umgestellt werden. Dieser Termin ist zwischenzeitlich auf den 01.01.2009 verschoben worden, da zunächst noch weitere Modellrechnungen vorgenommen werden sollten, damit ein breiter und tragfähiger Kompromiss gefunden werden kann, um den unterschiedlichsten Interessen gerecht werden zu können. Der ab 2009 für die Stadt Lingen (Ems) festgelegte Verteilerschlüssel fällt um 10,31 % geringer aus als der vorläufige Verteilerschlüssel. Da zusätzlich die Schlüsselzahl für die Umsatzsteuer für das Land Niedersachsen ab dem Jahr 2009 um 13,42 % geringer ausfällt, ergibt sich bei der Umsatzsteuer für die Stadt Lingen (Ems) eine Reduzierung um über 20 % im Verhältnis zum Vorjahr.

Verwaltungshaushalt



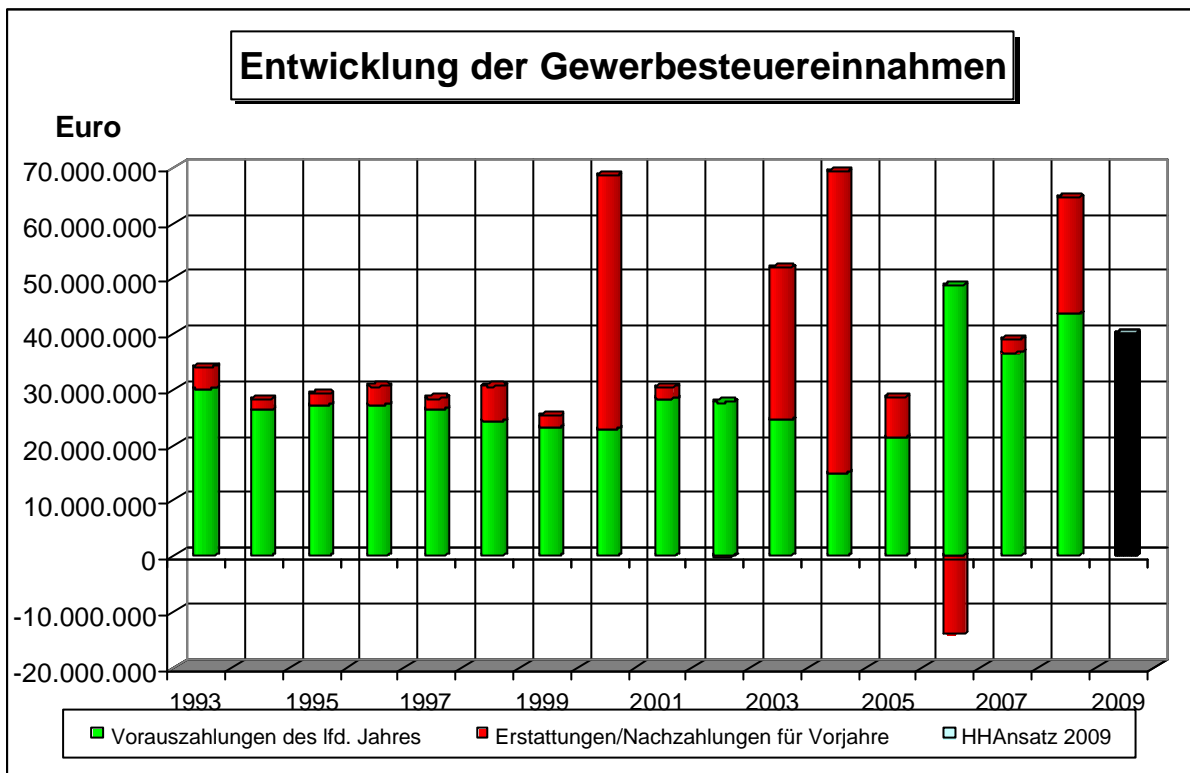
Entwicklung der Gewerbesteuer-Einnahmen 1990 - 2008

Jahr	1		2		3	4		5	6
	Gesamtan- ordnungs- soll	zum Vorjahr in %	Vorauszah- lungen d. lfd. Jahres	zum Vorjahr in %	Orientie- rungsda- ten in %	Erstattungen/ Nachzahlungen für Vorjahre (Saldo)	in % von 1	Haushalts- soll	Kassen- lst
	TEuro	+/-	TEuro	+/-		TEuro		TEuro	TEuro
1990	25.773	-3,4	18.024	-3,7	6,3	7.749	30,1	27.098	25.699
1991	36.129	40,2	35.133	94,9	6,0	996	2,8	36.813	35.587
1992	38.529	6,6	34.923	-0,6	15,0	3.606	9,4	35.790	38.590
1993	33.950	-11,9	30.051	-14,0	* -8,6	3.899	11,5	33.490	33.899
1994	28.154	-17,1	26.250	-12,6	-2,4	1.905	6,8	28.990	28.304
1995	29.130	3,5	27.098	3,2	** 2,8	2.032	7,0	26.708	29.124
1996	30.504	4,7	27.160	0,2	5,0	3.344	11,0	28.121	30.104
1997	28.340	-7,1	26.364	-2,9	5,0	1.977	7,0	26.843	28.848
1998	30.515	7,7	24.186	-8,3	-9,1	6.329	20,7	22.497	30.564
1999	25.191	-17,4	23.059	-4,7	-2,6	2.132	8,5	26.587	25.219
2000	68.489	171,9	22.804	-1,1	0,8	45.685	66,7	42.437	68.068
2001	30.324	-55,7	28.274	24,0	3,5	2.050	6,8	23.008	30.204
2002	27.416	-9,6	27.646	-2,2	10,4	-230	-0,8	29.500	27.299
2003	51.866	89,2	24.439	-11,6	4,8	27.427	52,9	29.000	50.597
2004	69.189	33,4	14.858	-39,2	4,8	54.331	78,5	69.700	70.363
2005	28.501	-58,8	21.263	43,1	5,3	7.238	24,6	24.000	28.947
2006	34.486	21,0	48.615	128,6	3,9	-14.129	-48,1	7.000	34.374
2007	38.952	13,0	36.563	-24,8	-1,1	2.389	8,1	30.000	38.969
2008	*** 64.514	65,6	43.541	19,1	4,2	20.973	71,4	55.000	56.269

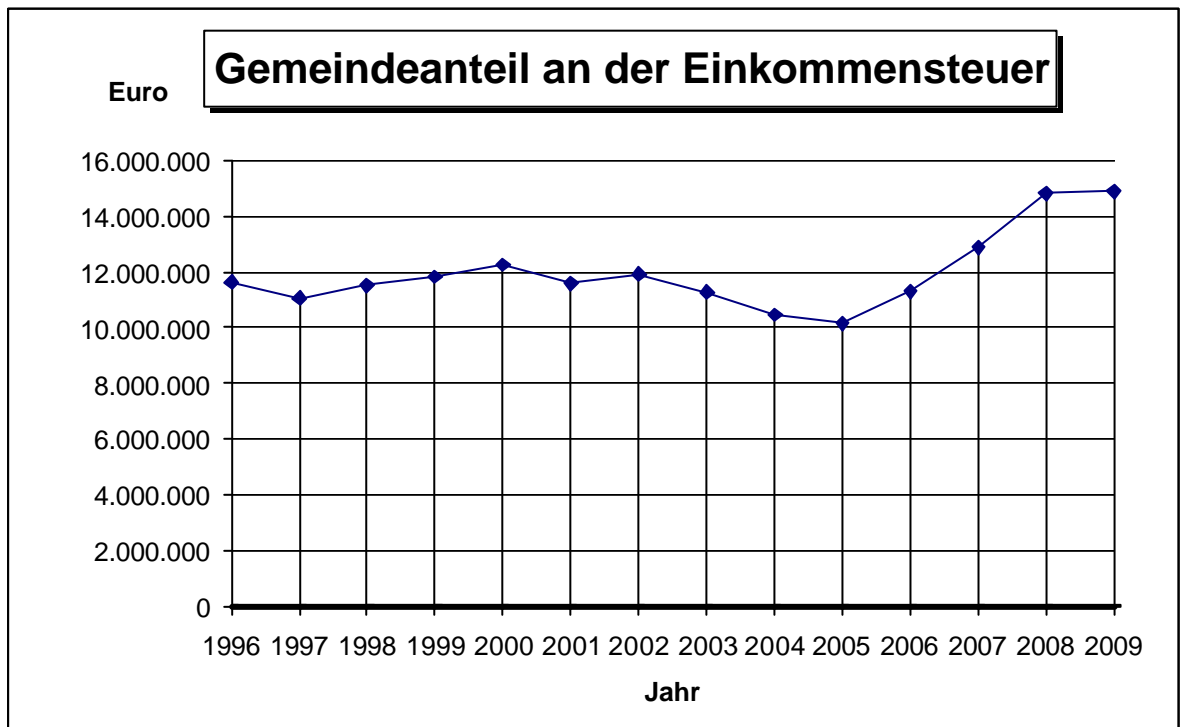
* unter Berücksichtigung der Gewerbesteuerrechts-Änderung ab 1993

** unter Berücksichtigung der Hebesatzerhöhung von 320 auf 350 %

*** Stand: 04.12.2008

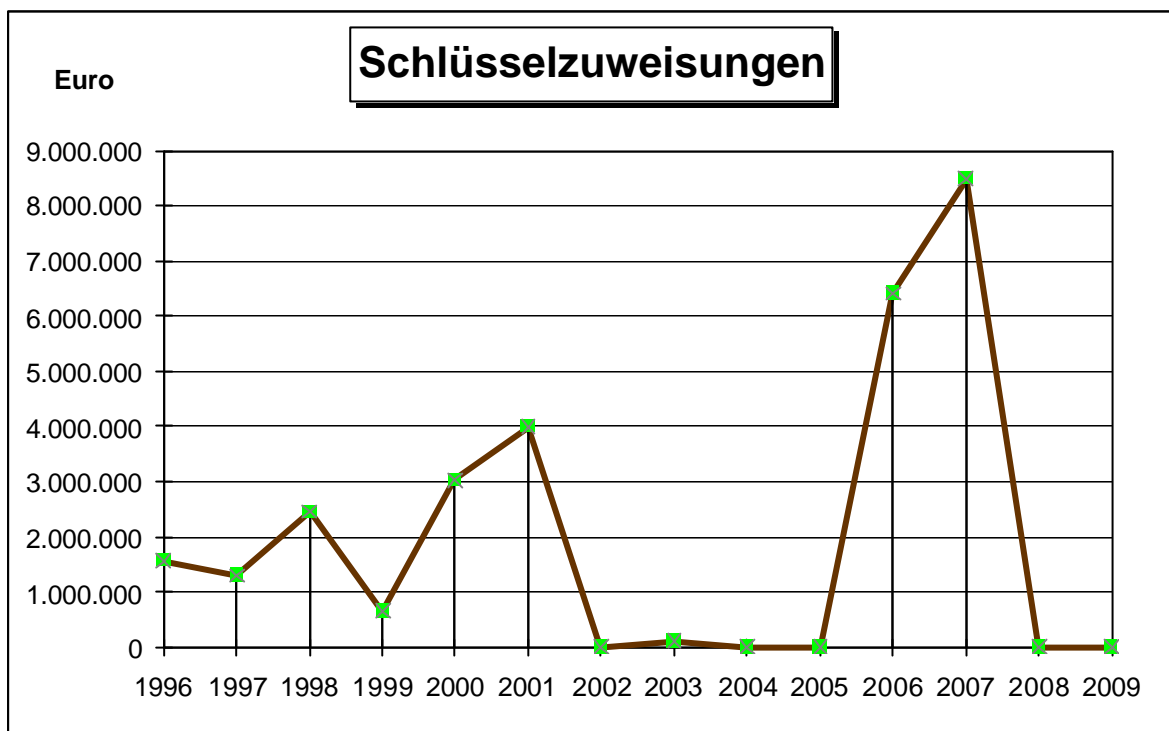


Der Ansatz beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer erhöht sich um 900.800 € auf 14.888.300 €. Die Entwicklung des Gemeindeanteiles an der Einkommensteuer ist aus der folgenden Grafik zu entnehmen. Für das Jahr 2008 wird das erwartete Rechnungsergebnis dargestellt.



Die Steuerkraftmesszahl der Stadt ist von 59.525.050 € (FAG-Berechnung für 2008) auf 64.277.275 € (2009) um 7,98 % gestiegen.

Aufgrund der gestiegenen Steuerkraftmesszahl und auch mit der Erhöhung des Grundbetrages (2008 = 689,25 € und vorläufiger Grundbetrag 2009 = 749,21 €) werden im Jahr 2009 keine Schlüsselzuweisungen erwartet (siehe Grafik).



Für die Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises wird aufgrund der §§ 2, 6 NFVG (Niedersächsisches Finanzverteilungsgesetz) und § 12 NFAG (Niedersächsisches Finanzausgleichsgesetz) mit einer Einnahme von 1.903.200 € gerechnet.

Die Einnahmen aus Gebühren und Entgelten machen mit 3.273.300 € insgesamt 2,61 % des Verwaltungshaushaltes aus.

Die übrigen Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb in Höhe von 41.079.600 € beinhalten mit 32,70 % ca. ein Drittel aller Einnahmen des Verwaltungshaushaltes.

3.2.2 Ausgaben

Von den Ausgaben des Verwaltungshaushaltes entfallen auf Personalkosten 20.336.700 €. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass diesen Personalkosten auch im Jahr 2009 eine Netto-Entnahme aus der Rücklage für Altersteilzeitarbeitsverhältnisse in Höhe von 50.000 € gegenüber steht. Die um diesen Betrag reduzierten Personalkosten in Höhe von 20.286.700 € sind lediglich 16,15 % des Volumens des Verwaltungshaushaltes. Von diesem Ansatz entfallen auf die Personalkosten für die Aufwandsentschädigungen der Ratsmitglieder, die Honorare und sonstige insgesamt 841.900 €.

Echte Personalkosten sind in Höhe von 19.494.800 € (ohne die Netto-Entnahme aus der Rücklage für Altersteilzeitarbeitsverhältnisse) ausgewiesen. Nach einer moderaten Anhebung der Personalkosten im Vorjahr (100.000 €) wird für das Jahr 2009 von einer erheblichen Personalkostensteigerung ausgegangen. Der Großteil der Steigerung entfällt auf die Umsetzung des Tarifabschlusses für die Beschäftigten und den zu erwartenden Steigerungen der Umlagen insbesondere für die Beamtenversorgung. Außerdem wurden analog zu den Tarifierhöhungen Steigerungen der Beamtenbesoldung einge-

plant. Daneben sind neue Stellen bzw. Stellenveränderungen vorgesehen. Insgesamt ergibt sich eine Steigerung von 1.925.000 €.

Bereits seit 2005 werden die Aufgaben des Arbeitslosengeldes II entsprechend des Optionsmodells vom Landkreis Emsland bzw. von der Stadt Lingen (Ems) im Wege der Heranziehung durch öffentlich-rechtlichen Vertrag wahrgenommen. In diesem Bereich wurden insoweit personelle Aufstockungen notwendig. Hierbei ist auch im Jahr 2009 wie in den Vorjahren von zusätzlichen Personalkosten auszugehen. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass die Finanzierung hierfür über eine Kostenerstattung in Höhe von 659.700 € erfolgt.

Die echten Personalkosten betragen nur 15,52 % aller Ausgaben des Verwaltungshaushaltes.

Nachrichtlich:

Zusätzlich fallen bei den Eigenbetrieben der Stadt Lingen (Ems) noch folgende Personalkosten im Jahr 2009 an, die jeweils in den Wirtschaftsplänen ausgewiesen sind:

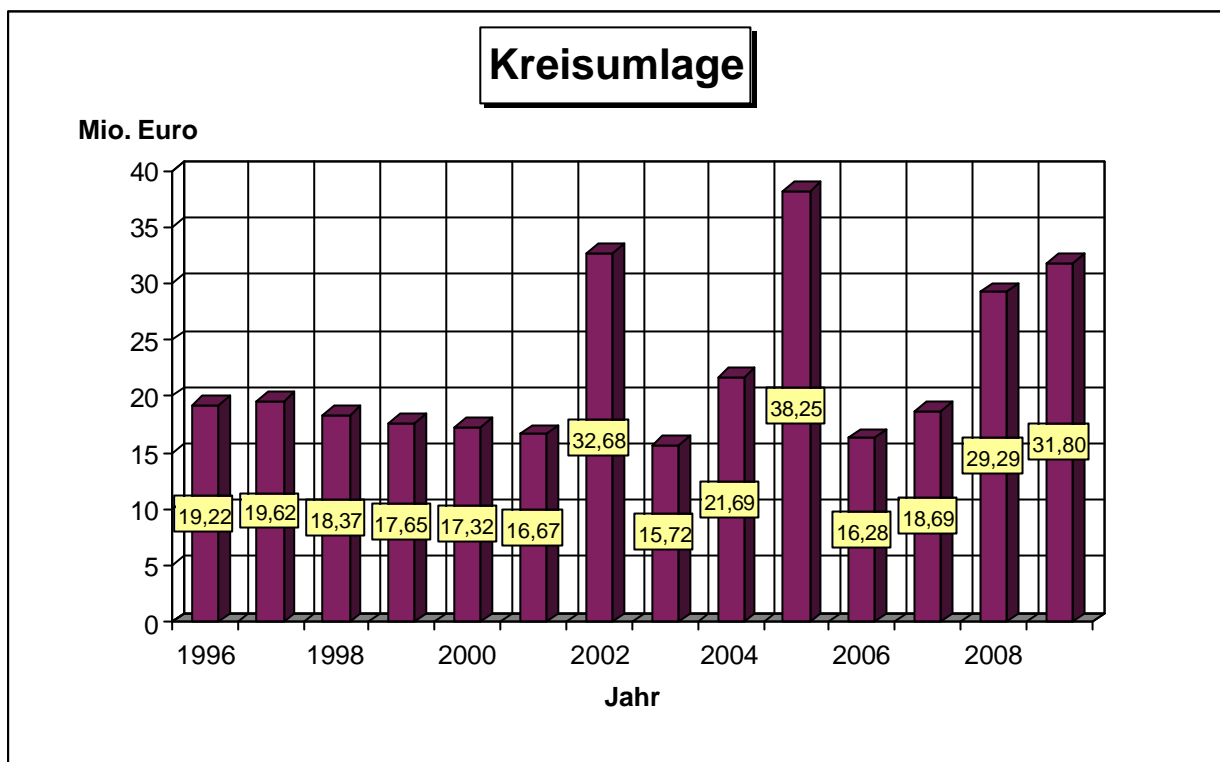
Emslandhallen Lingen	=	575.000 €
Stadtentwässerung Lingen	=	1.317.000 €
Zentrale Gebäudewirtschaft Lingen (Ems)	=	<u>1.772.000 €</u>
Insgesamt	=	3.664.000 €

Der sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand beträgt mit 29.067.700 € = 23,14 % der Gesamtkosten des Verwaltungshaushaltes.

Die Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse stellen mit 30.782.400 € = 24,50 % den zweitgrößten Ausgabenblock im Verwaltungshaushalt dar.

Die sonstigen Finanzausgaben beinhalten mit 45.407.800 € = 36,14 % den größten Ausgabenblock des Verwaltungshaushaltes.

Die darin enthaltene Kreisumlage, die an den Landkreis Emsland abzuführen ist, beträgt bei derzeit 48,0 %-Punkten für das Jahr 2009 = 31.795.300 €. Der Anteil an den Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes liegt somit bei 25,31 % gegenüber 22,01 % im Vorjahr (siehe Grafik).



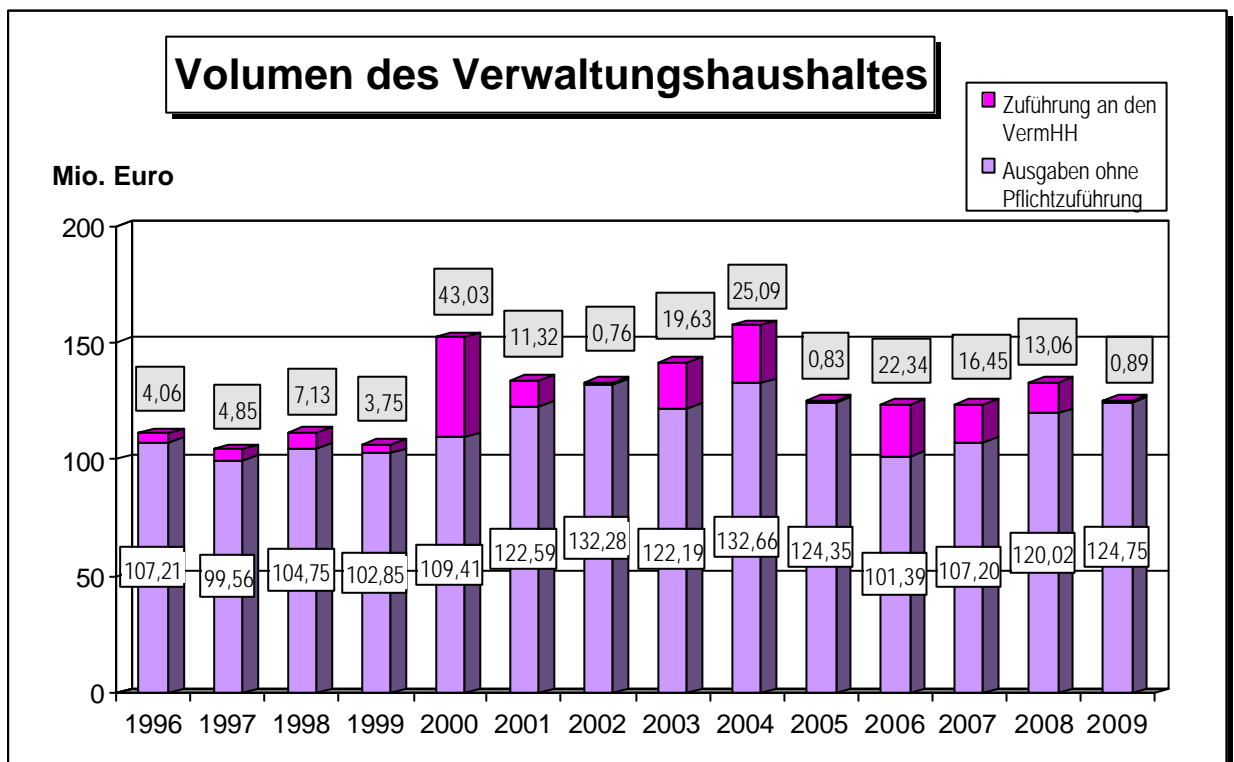
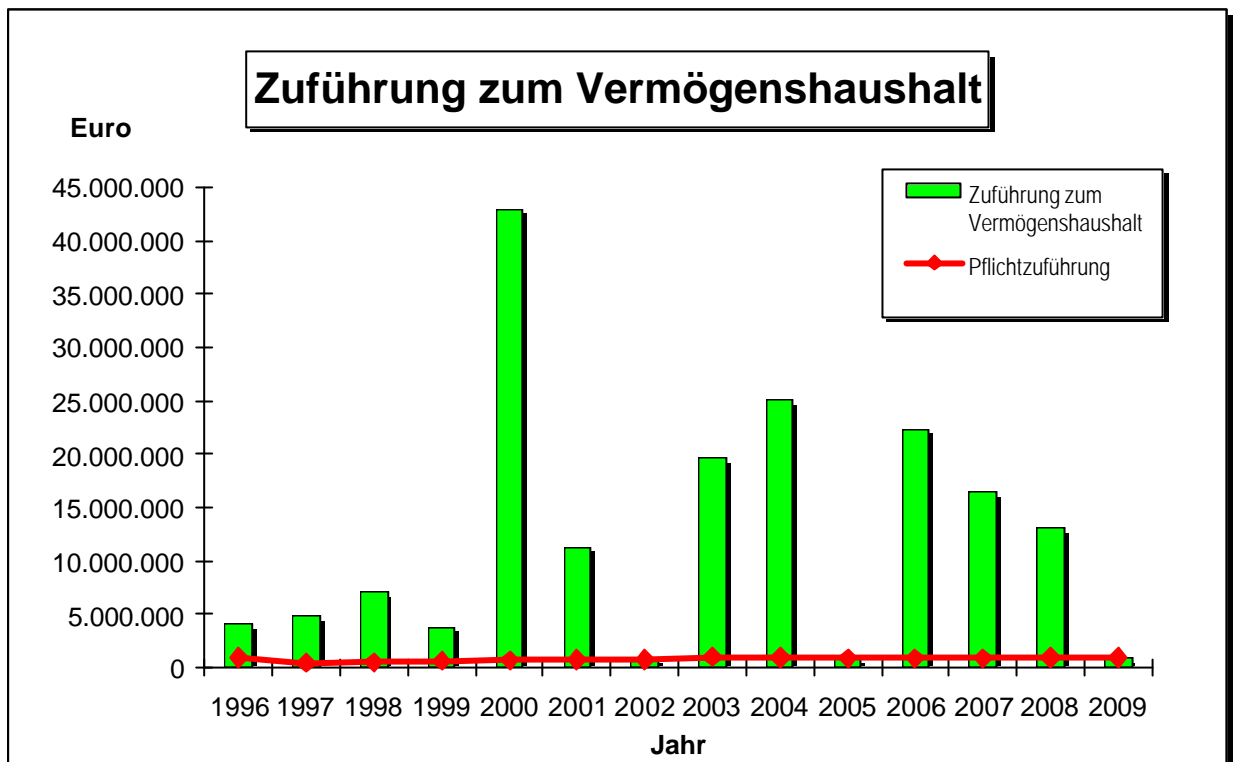
Die Zinsausgaben verringern sich gegenüber dem Vorjahr um 142.800 € auf 1.177.400 €

Bei den sonstigen Ausgaben in Höhe von 12.435.100 € handelt es sich im wesentlichen um die an das Land Niedersachsen zu leistende Gewerbesteuerumlage in Höhe von 8.021.400 €, die zu zahlende Finanzausgleichsumlage in Höhe von 3.152.900 € und um die Zuführungen zum Vermögenshaushalt in Höhe von 906.200 €.

Der Vergleich zwischen dem Haushaltsplan 2009 und dem Haushaltsplan 2008 ergibt folgendes Bild:

	2009	2008
Gesamtzuführung an den Vermögenshaushalt (ohne Stiftungen)	893.400 €	13.060.800 €
<u>abzüglich Pflichtzuführung</u>	<u>893.400 €</u>	<u>900.100 €</u>
freie Investitionsmittel	0 €	12.160.700 €

Aus den Grafiken lässt sich die Entwicklung der Zuführung zum Vermögenshaushalt seit 1996 - bezogen auf die Pflichtzuführung bzw. auf das Volumen des Verwaltungshaushaltes - deutlich ablesen.



Auf Empfehlung des Finanzausschusses vom 08.07.2008, vom 28.10.2008 sowie vom 26.11.2008 hat der Rat am 15.01.2009 die Eckwerte und die Verteilung der für die einzelnen Budgets vorgesehenen Finanzierungsmittel für den Verwaltungshaushalt 2009 unter Berücksichtigung der nachfolgenden Grundsätze festgelegt, die wie folgt endgültig festgesetzt wurden:

1. Allgemeine Finanzierungsmittel 2009

Überschuss allgemeine Deckungsmittel (ohne Zuführung aus dem Vermögenshaushalt incl. Pflichtzuführung)	22.822.700 €
Überschuss sonstige Deckungsmittel	3.507.000 €
insgesamt	26.329.700 €

abzüglich Vorabdotierungen

Personalausgaben (incl. Zuführung an die Rücklage für Altersteilzeitarbeitsverhältnisse)	19.008.800 €
- Erstattungen f. Personalausgaben LWT	-270.000 €
+ Personalkosten Ausbildungsplätze (2006 - 2009)	128.000 €
+ Personalkosten aufgrund Arbeitslosengeld II/Hartz IV	250.000 €
- Erstattungen f. Arbeitslosengeld II/Hartz IV	-659.700 €
+ sonstige Personalkosten	58.000 €
- Erstattungen f. sonstige Personalkosten	-58.000 €
= <i>Zwischensumme Personalkosten gesamt netto</i>	18.457.100 €

Sachkosten Ausbildungsplätze (2006 - 2009)	10.000 €
Ortsratsmittel	126.400 €
Sonderinitiativen Arbeitsmarkt / Ausbildungsförderung	95.000 €
Personalkosten Welt-Kindertheater-Fest 2010	40.000 €
Sachkosten Welt-Kindertheater-Fest 2010	32.700 €
Zuschuss IT Dienstleistungsgesellschaft	95.000 €
Vorabdotierungen 2009 gesamt	18.856.200 €

noch zur Verfügung **7.473.500 €**

2. Mittelverteilung 2009 (Zuschussbedarfe der einzelnen Budgets)

<u>Budget</u>	<u>Zuschussbedarf/Überschuss</u>
Budget 00, Fachbereich Schule und Sport	-5.182.400 €
Budget 01, Fachbereich Personal, Steuerung und Service	-107.100 €
Budget 02, Fachbereich Finanzen	156.200 €
Budget 03, Fachbereich Bürgerservice, Recht und Ordnung	-297.400 €
Budget 04, Fachbereich Kultur und Touristik	-1.205.100 €
Budget 05, Fachbereich Jugend, Arbeit und Soziales	-4.436.900 €
Budget 06, Fachbereich Planung und Hochbau	-41.000 €
Budget 07, Fachbereich Tiefbau	-2.555.600 €
Budget 08, Fachbereich Wirtschaftsförderung und Liegenschaften	-979.100 €
Budget 09, Fachbereich Bauen und Umwelt	204.200 €
Budget 12, Referat Oberbürgermeisterbüro	-175.600 €
Budget 13, Politische Vertretung	-626.700 €
Budget 14, Rechnungsprüfungsamt	-20.200 €
Budget 15, Stabstelle Controlling	6.400 €
Budget 16, Referat der Gleichstellungsbeauftragten	-13.700 €
Budget 18, Personalrat	-16.300 €
Budget 68, Regiebetrieb Bauhof	1.101.600 €
Gesamt Zuschussbedarf	-14.188.700 €
Defizit (= Zuführung aus dem VermHH)	-6.715.200 €

Die nicht budgetierten Personalkosten verteilen sich netto wie folgt auf die Fachbudgets:

netto Personalkosten je Fachbudget	2009 Haushaltssoll Gesamt	2008 Haushaltssoll Gesamt	2007 Rechnungsergebnis Gesamt
Budget 00, Fachbereich Schule und Sport	715.400	556.500	539.147,67
Budget 01, Fachbereich Personal, Steuerung und Service	2.064.700	1.719.300	1.576.686,50
Budget 02, Fachbereich Finanzen	1.003.500	986.300	853.263,73
Budget 03, Fachbereich Bürgerservice, Recht und Ordnung	1.634.000	1.581.900	1.513.130,82
Budget 04, Fachbereich Kultur und Touristik	943.400	930.100	885.419,00
Budget 05, Fachbereich Jugend, Arbeit und Soziales	4.174.000	3.361.200	3.110.596,31
Budget 06, Fachbereich Planung und Hochbau	665.800	596.900	534.047,11
Budget 07, Fachbereich Tiefbau	424.200	342.800	380.878,21
Budget 08, Fachbereich Wirtschaftsförderung und Liegenschaften	640.500	787.700	858.822,05
Budget 09, Fachbereich Bauen und Umwelt	1.308.000	1.156.900	1.053.072,96
Budget 12, Referat Oberbürgermeisterbüro	1.080.300	920.600	873.742,02
Budget 13, Politische Vertretung	146.300	104.500	100.806,35
Budget 14, Rechnungsprüfungsamt	446.800	421.800	399.066,25
Budget 15, Stabstelle Controlling	113.200	57.600	56.451,52
Budget 16, Referat der Gleichstellungsbeauftragten	103.800	96.800	86.383,72
Budget 18, Personalrat	112.500	97.600	93.079,71
Budget 68, Regiebetrieb Bauhof	2.880.700	2.900.300	2.609.830,87
Gesamt	18.457.100	16.618.800	15.524.424,80

3.3 Vermögenshaushalt

Der Vermögenshaushalt weist in Einnahme und Ausgabe ein Volumen von 38.949.500 € gegenüber dem Jahr 2008 in Höhe von 28.638.300 € aus. Dieses entspricht einer Erhöhung des Volumens gegenüber dem Vorjahr um 10.311.200 € = 36,00 %.

Diese Erhöhung ergibt sich hauptsächlich aus folgenden Gründen:

1. Zuführung zum Verwaltungshaushalt (ohne Stiftungen)	6.715.200 €
2. Zuführung zur allgemeinen Rücklage	- 5.000.000 €
3. Erwerb von Kapitalanlagen / Beteiligungen	500.000 €
4. Ausgaben für den Erwerb von Grundstücken	718.200 €
5. Ausgaben für den Erwerb von beweglichen Sachen	420.500 €
6. Ausgaben für Baumaßnahmen	- 698.500 €
7. Tilgung von Krediten	-7.600 €
8. Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	7.685.700 €

Die Bewertung des Vermögenshaushaltes wird erleichtert unter Zuhilfenahme der auf Seite 18 abgebildeten Grafik der Einnahmen- und Ausgabenblöcke im Vermögenshaushalt.

An eigenen Bauinvestitionen (Gruppierungsziffern 94 - 96) sind im Haushaltsplan 2009 insgesamt 13,52 Mio. € veranschlagt. Die Haushaltspläne der Vorjahre sahen folgende Bauinvestitionen vor:

1992 = 19,0 Mio. €	2001 = 9,4 Mio. €
1993 = 13,4 Mio. €	2002 = 12,0 Mio. €
1994 = 19,0 Mio. €	2003 = 5,1 Mio. €
1995 = 9,6 Mio. €	2004 = 4,3 Mio. €
1996 = 7,5 Mio. €	2005 = 9,2 Mio. €
1997 = 8,7 Mio. €	2006 = 10,6 Mio. €
1998 = 7,4 Mio. €	2007 = 7,7 Mio. €
1999 = 9,0 Mio. €	2008 = 14,2 Mio. €
2000 = 5,7 Mio. €	

Den veranschlagten Bauinvestitionen in Höhe von 13.515.400 € stehen Zuweisungen und Zuschüsse in Höhe von 5.797.100 € gegenüber. Diesen Zuweisungen sind die Erschließungsbeiträge mit 400.000 € hinzuzurechnen, um den Anteil der "Eigenfinanzierung" zu ermitteln. Dieser Anteil liegt im Haushaltsjahr 2009 bei 45,85 % und liegt somit nur unerheblich unter der Eigenfinanzierungsquote des Vorjahres, die bei 51,17 % lag.

Die Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen (Gruppierung 98) liegen mit 11.401.100 € um 7.685.700 € deutlich über dem Vorjahresansatz von 3.715.400 €

Hauptsächlich zur Finanzierung der Zuschüsse und Bauinvestitionen ist neben der Entnahme aus der allgemeinen Rücklage in Höhe von 15.445.000 € im Jahr 2009 eine Brutto-Kreditaufnahme in Höhe von 6.224.200 € erforderlich.

Mittel für Umschuldungskredite sind im Haushaltsplan 2009 nicht veranschlagt.

Lag die Kreditfinanzierungsquote im Haushaltsjahr 2007 zur Abwicklung der im Vermögenshaushalt veranschlagten investiven Maßnahmen noch bei 32,51 %, so verringert sie sich im Haushaltsplan 2008 auf 14,91 % und erhöht sich im Haushaltsplan 2009 nur unwesentlich auf 16,49 %.

Im einzelnen stellt sich die Kreditaufnahme wie folgt dar:

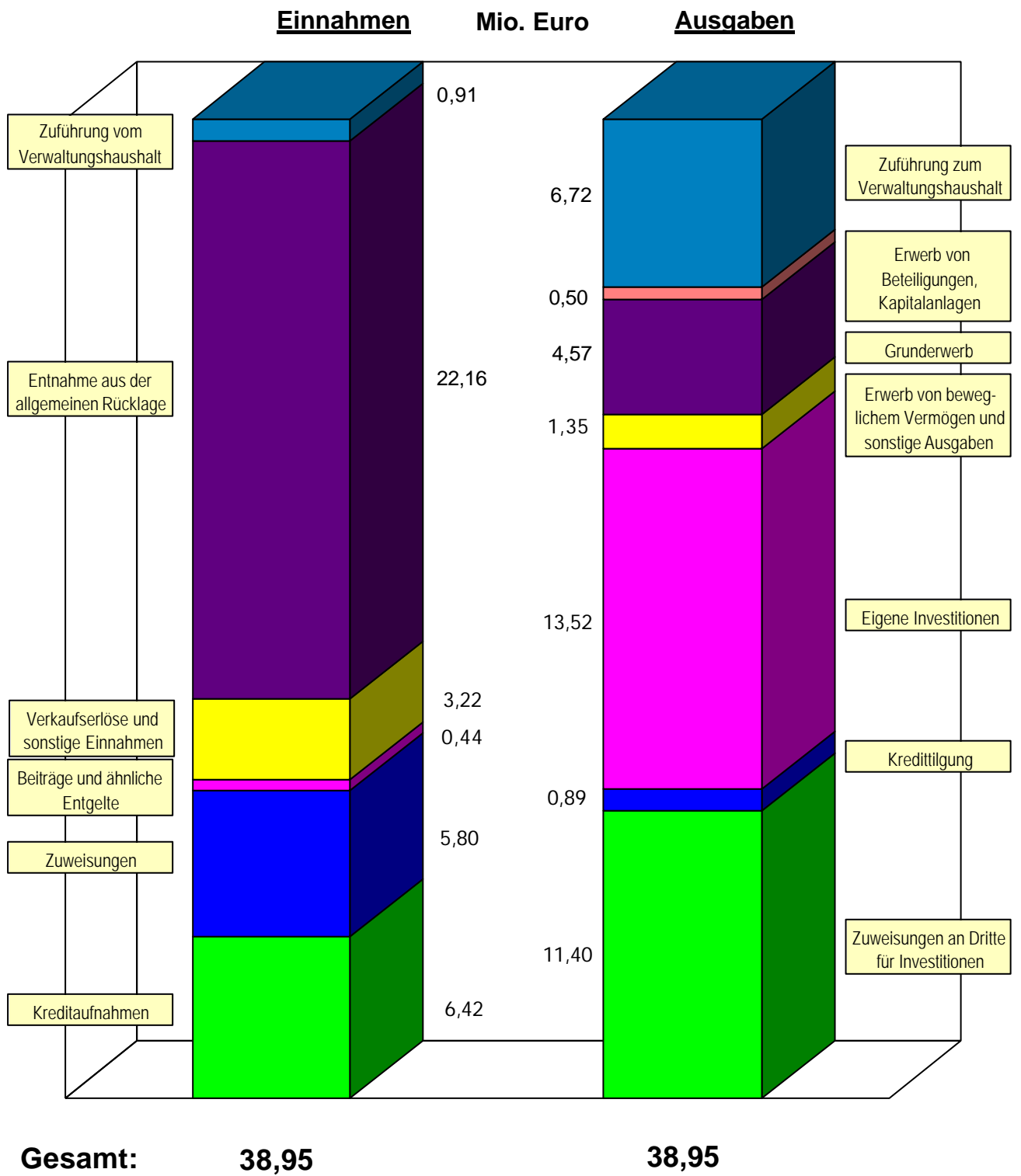
Nach Abzug der ordentlichen Kredittilgung in Höhe von 893.400 € beträgt die veranschlagte Nettoneuverschuldung für 2009 insgesamt 5.530.600 €.

Von der beabsichtigten Bruttokreditaufnahme entfallen auf den Kreditmarkt 6.224.000 €. Die Nettoneuverschuldung am Kreditmarkt liegt nach Abzug der ordentlichen Tilgung bei 5.675.300 €.

Im öffentlichen Bereich sieht die Entschuldung wie folgt aus:

	2008	2009
Bruttokreditaufnahme	0 €	200.000 €
abzüglich Tilgung	355.600 €	344.700 €
Entschuldung	-355.600 €	-144.700 €

Vermögenshaushalt



Zu der in der Mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen Neuverschuldung ist folgendes anzumerken:

Es ist damit zu rechnen, dass die veranschlagte Kreditermächtigung des Jahres 2008 in Höhe von 4.268.700 € ganz oder zum Teil als Haushaltseinnahmerest nach 2009 vorgetragen wird, da die Verbesserungen im Verwaltungshaushalt 2008 nach aktueller Einschätzung nicht ausreichen werden, um diese Kreditermächtigung gegenzufinanzieren.

Aus der Einzeldarstellung der Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen nach Aufgabenbereichen für die Jahre 2010, 2011 und 2012 wird deutlich, dass die Stadt Lingen (Ems) mittelfristig unter anderem wegen der anstehenden Großprojekte „Erweiterung der Emslandhallen“ und „Kasernengelände“ eine höhere Neuverschuldung (wie bereits in der Finanzplanung des Vorjahres dargestellt) in Kauf nehmen muss. In der nachstehenden Tabelle 3 ist zum 31.12.2012 ein Schuldenstand von 52.027.514,50 € ausgewiesen.

Tabelle 2			
Entwicklung der Verschuldung der Stadt Lingen (Ems)			
Verschuldung	(Ist) Rechnung 2007 Euro	Haushaltsplan 2008 Euro	Haushaltsplan 2009 Euro
brutto gesamt	0,00	4.268.700	6.424.000
Umschuldung	0,00	0	0
brutto, sonstige Zugänge ohne Umschuldung	0,00	4.268.700	6.424.000
Tilgung, sonstige Abgänge	847.971,91	901.000	893.400
Netto-Neuverschuldung	-847.971,91	3.367.700	5.530.600
davon öffentliche brutto, sonstige Zugänge	0,00	0	200.000
Tilgung öffentliche, sonstige Abgänge	354.981,73	355.600	344.700
netto öffentlich	-354.981,73	-355.600	-144.700
davon Kreditmarkt brutto, sonstige Zugänge	0,00	4.268.700	6.224.000
Tilgung Kreditmarkt, sonstige Abgänge	492.990,18	545.400	548.700
netto Kreditmarkt	-492.990,18	3.723.300	5.675.300

Einzeldaten der Entwicklung der Verschuldung der Stadt Lingen (Ems) und der Eigenbetriebe sind den Tabellen 2, 3 und 4 und den Grafiken (auf den Seiten 19, 20 und 21) zu entnehmen.

Tabelle 3

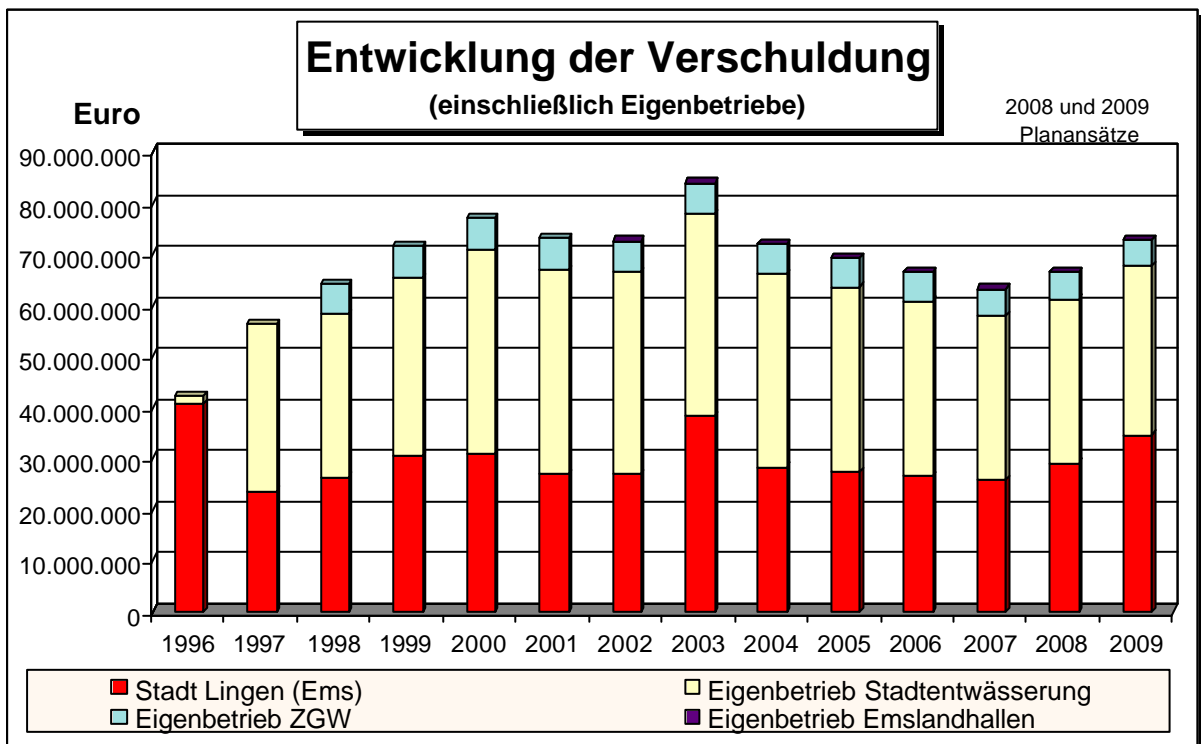
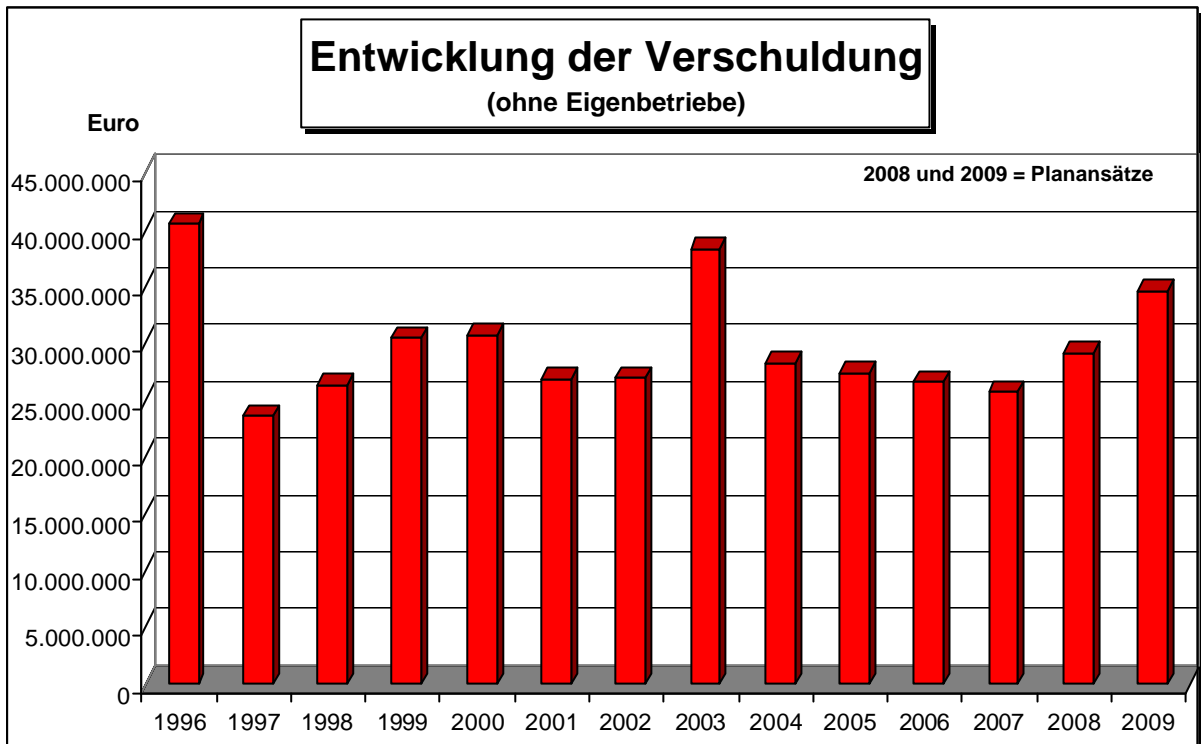
Entwicklung der Verschuldung nach der mittelfristigen Finanzplanung
- 2008 - 2012 -

Jahr	Neuaufnahme brutto	- Tilgung u. ä.	= Nettoneuverschuldung	Entwicklung Schuldenstand 31.12.2007 = 25.783.614,50 €
	Euro	Euro	Euro	Euro
2008	4.268.700	901.000	3.367.700	29.151.314,50
2009	6.424.000	893.400	5.530.600	34.681.914,50
2010	9.162.200	949.600	8.212.600	42.894.514,50
2011	5.774.300	1.008.400	4.765.900	47.660.414,50
2012	5.426.100	1.059.000	4.367.100	52.027.514,50

Tabelle 4

Entwicklung der Verschuldung der Stadt Lingen (Ems)
einschließlich der Eigenbetriebe

Jahr	Schuldenstand 31.12.			Gesamt
	Stadt Lingen (Ems)	Stadtentwässerung	Zentrale Gebäudewirtschaft	
	Euro	Euro	Euro	Euro
1996	40.574.591,84	1.519.895,96		42.094.487,80
1997	23.676.016,94	32.596.362,21		56.272.379,15
1998	26.412.869,04	31.828.517,03	6.023.143,09	64.264.529,16
1999	30.519.262,56	34.878.315,10	6.308.662,58	71.706.240,24
2000	30.791.365,07	40.088.402,04	6.227.195,26	77.106.962,37
2001	26.947.573,29	40.093.729,98	6.140.732,91	73.182.036,18
2002	26.986.729,73	39.570.856,49	6.048.969,07	72.606.555,29
2003	38.350.868,68	39.701.119,32	5.951.578,51	84.003.566,51
2004	28.298.761,45	37.818.934,22	5.848.216,01	71.965.911,68
2005	27.468.803,11	36.192.567,50	5.738.515,16	69.399.885,77
2006	26.631.586,41	34.212.947,19	5.622.087,07	66.466.620,67
2007	25.783.614,50	31.987.032,40	5.498.518,97	63.269.165,87



Neben den eigenen Investitionen sind unter beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten insbesondere auch die Investitionszuschüsse der Stadt Lingen (Ems) an Dritte zu nennen. Diese sind insbesondere die freien Wohlfahrtsverbände, die gemeinnützigen Träger sowie die Vereine / Verbände und Eigenbetriebe. Die Investitionszuschüsse betragen laut Haushaltsplan 11.401.100 € im Jahr 2009 und machen somit 29,27 % des Volumens des Vermögenshaushaltes (im Vorjahr = 12,97 %) aus.

Verpflichtungsermächtigungen wurden in Höhe von 7.872.800 € ausgewiesen.
 Verpflichtungsermächtigungen sind bei folgenden Einzelpositionen für

- | | | |
|---------------|--|-------------|
| • 21027.94000 | Baukosten, Neubau der Turnhalle an der Matthias-Claudius-Schule | 750.000 € |
| • 61504.94000 | Planungs- und Baukosten, Sanierungsgebiet Beiderseits der Bundesbahn | 3.437.300 € |
| • 61504.94020 | Baukosten (Altlasten), Sanierungsgebiet Beiderseits der Bundesbahn | 250.000 € |
| • 63000.95220 | Umgestaltung der Rheiner Straße | 135.000 € |
| • 63000.95576 | Sanierung Kivelingstraße | 230.000 € |
| • 63052.95000 | Baukosten, Verbindung Ulanenstraße zur Raffineriestraße | 500.000 € |
| • 79131.95000 | Baukosten, Verlängerung Ulanenstraße / Gewerbegebiet Ochsenbruch | 845.500 € |
| • 85500.93200 | Grunderwerbskosten, Forstwirtschaftliche Unternehmen | 150.000 € |
| • 85500.96000 | Aufforstungen, Forstwirtschaftliche Unternehmen | 75.000 € |
| • 88101.93220 | Grunderwerbs- und Nebenkosten | 1.500.000 € |

veranschlagt.

Insgesamt enthält der vorliegende Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2009

Ausgaben für <u>Baumaßnahmen</u> in Höhe von	13.515.400 €
gegenüber	14.213.900 €
im Vorjahr.	

Hinzu kommen <u>Verpflichtungsermächtigungen</u> für die nächsten Jahre in Höhe von	7.872.800 €
--	-------------

Weiterhin sind <u>Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen</u> an Dritte in Höhe von ausgewiesen.	11.401.100 €
---	--------------

Darüber hinaus sind Ausgaben zum <u>Erwerb von Grundstücken</u> in Höhe von	4.571.600 €
--	-------------

und zum <u>Erwerb von beweglichem Vermögen</u> in Höhe von veranschlagt.	1.336.400 €
---	-------------

Insgesamt beinhaltet somit der vorliegende Vermögenshaushalt ein Auftragsvolumen von 38.697.300 €. Für das Jahr 2009 sind einige neue Investitionen vorgesehen. Die Übersicht über die sich aus den neuen Vorhaben erkennbar ergebenden finanziellen Auswirkungen für die folgenden Jahre gemäß § 3 Ziffer 3 GemHVO ist als Anlage 1.4 (Seite 28) beigefügt.

Entsprechend dem Gesamtdeckungsprinzip des Haushaltsplanes können den einzelnen Investitionen keine im jeweiligen Haushaltsplan ausgewiesenen Kreditaufnahmen zugeordnet werden. Bei den Folgekosten handelt es sich insgesamt um Ausgaben, die für den Zeitpunkt nach Fertigstellung und Inbetriebnahme der Einrichtung kalkuliert sind.

4. Ortsratsmittel

Aufgrund der Beanstandungen des Rechnungsprüfungsamtes bzw. des Kommunalprüfungsamtes werden seit dem Jahr 1987 die Ortsratsmittel nach Einzelzwecken im Haushaltsplan veranschlagt. Die Ortsteile erhalten mit Ausnahme der Jahre 1995 und 1996 seit 1993 pro Einwohner 10,74 €. Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung im Jahr 2003 wurden die Ortsratsmittel durch Beschluss des Finanzausschusses um 2 € auf 8,74 € reduziert. Hiervon werden pro Einwohner 0,46 € für die Kinder- und Jugenderholung, die direkt beim Ansatz der Haushaltsstelle 45120.76110 (Fachbudget 05 Unterbudget 12) berücksichtigt sind, abgezogen. Der verbleibende Betrag von 8,28 € pro Einwohner wurde nach den Wünschen der Ortsräte nach Einzelzwecken veranschlagt.

Für die Ortsteile ergeben sich hiernach, bezogen auf das Haushaltsjahr 2009, folgende auf hundert Euro aufgerundete Ortsratsmittel, die einzeln veranschlagt werden:

Ortsteil	Einwohner am 01.01.2008	Ortsratsmittel 2009 €
Altenlingen	2.978	24.700
Baccum	2.688	22.300
Bramsche	2.851	23.700
Brockhausen	175	1.500
Brögbern	3.042	25.200
Clusorth-Bramhar	905	7.500
Darme	4.259	35.300
Holthausen	3.405	28.200
Laxten	7.583	62.800
Schepsdorf	1.982	16.500
Gesamt:	29.868	247.700

Gerdes
Fachbereichsleiter
Finanzen

Dr. Haarmann
Stadtkämmerin